

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Postzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 178

Februar 179.

Wildbad, Mittwoch, den 4. August 1920.

Februar 179.

54. Jahrgang

Die Denkschrift über die Finanzlage.

Dem Reichstag ist vom Reichsfinanzminister Dr. Wirth eine Denkschrift über die Finanzlage des Reichs übergeben worden. Gegenüber den Schätzungen, die vor Jahresfrist in der Denkschrift über den künftigen Finanzbedarf des Reichs gegeben worden sind, stellt sich gegenwärtig der Finanzbedarf des Deutschen Reichs wesentlich höher und die Finanzlage Deutschlands damit erheblich schwieriger. Hatte man im Sommer 1919 angenommen, daß der laufende Steuerbedarf des Reichs sich auf etwa 10½ Milliarden belaufen würde, so zeigt sich jetzt ein Bedarf von rund 25 Milliarden an laufenden Einnahmen. Der Denkschrift ist ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung der Reichsfinanzen seit 1913 beigegeben. Das Rechnungsjahr 1920 kann für die Reichsfinanzen als das erste Friedensjahr seit 1913 angesehen werden. Das ist nicht in dem Sinn zu verstehen, als ob nun wieder eine hinreichende Sicherung unserer Finanzlage eingetreten sei. Die mannigfachen Verpflichtungen aus dem Krieg, dem Waffenstillstand und dem Friedensvertrag werden nicht nur alle künftigen Haushalte Deutschlands mit ungeheuren Summen wiederkehrender Ausgaben belasten, sondern werden auch zu einer weiter steigenden Verschuldung Deutschlands führen müssen.

In der Denkschrift heißt es weiter: „Was aber notwendig ist, wenn wir wieder zu gesunden, finanzpolitischen Verhältnissen kommen wollen, das ist in erster Linie eine möglichst weitgehende Klarheit über die tatsächliche Lage unserer Finanzen. Dazu gehört die Ablehr von der Kriegsfondsökonomie, die schon 1919 angebahnt worden ist, und die Rückkehr zu dem alten Grundsatz jeder gesunden Finanzwirtschaft, daß die Ausgaben für die einzelnen Zwecke besonders ausgeworfen und verrechnet werden und daß die nötigen Einzelnachweisungen vorgenommen werden.“

Zusammenfassend ergibt sich für den Haushalt 1920 folgende vorläufige Uebersicht: Die Einnahmen aus Zöllen und Steuern, die Monopoleinnahmen und Ausschlagabgaben, die Einnahmen aus dem Landwesen und kleineren Anlagen sollen insgesamt 27,77 Milliarden Mark erbringen, darunter 2,9 Milliarden aus Steuern, die noch nicht bewilligt sind, und 3 Milliarden aus einmaligen Steuern. Die Ausgaben des ordentlichen Haushalts sind veranschlagt mit 27,77 Milliarden. Der außerordentliche Haushalt sieht zunächst 11,6 Milliarden Ausgaben vor. Dazu kommen noch aus den Betriebsverwaltungen Fehlbeiträge von 12,9 Milliarden, die sich aber wohl auf 16 Milliarden oder noch mehr erhöhen werden. Die Gesamtausgaben des außerordentlichen Haushalts würden demnach 24,5 bis 27,6 Milliarden Mark betragen. Der Gesamtbedarf des außerordentlichen und ordentlichen Haushalts ist im vorläufigen Etat auf 52,3 bis 55,3 Milliarden angegeben, wovon rund die Hälfte durch Einnahmen des ordentlichen Etats Deckung finden soll.

Vor Jahresfrist ist die große Steuerreform in Angriff genommen worden. Obgleich die Gesetzgebung rasch gefördert worden ist, wird es noch einige Zeit dauern, bis die finanziellen Auswirkungen der bisher geschaffenen Steuergesetze voll in Erscheinung treten. Bis dahin aber wachsen die Schulden und erhöhen die Finanznot des Reichs. Hatte der Schuldenstand am 31. März einschließlich der Verpflichtungen aus nicht diskutierten Schapanweisungen 196,1 Milliarden betragen, so belief sich die Gesamtschuld des Reichs am 30. Juni 1920 auf 215 Milliarden, darunter 123,8 Milliarden schwebende Schuld. Allein der Juni weist einen Gesamtbedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln von 11,2 Milliarden auf. Diese Entwicklung ist geradezu verhängnisvoll. Die Hauptursache der Schuldenmehrung im Juni liegt in dem Bedarf der Verkehrsverwaltungen. Die Post erforderte an außerordentlichen Deckungsmitteln eine Milliarde, die Eisenbahn an Zuschüssen zwei Milliarden und infolge der Uebernahme auf das Reich weitere sechs Milliarden.

Aus diesen Ziffern, so schließt die Denkschrift, spricht eine gewaltige Mahnung an das deutsche Volk, den Ernst seiner Lage voll zu erkennen und Regierung und Parlament mit allen Mitteln zu unterstützen, damit durch praktische Ausführung der Steuerreform eine weitere Verschlechterung der Finanzlage des Reichs vermieden werde.

den kann. Es geht um alles. Wenn wir der Finanznot nicht Herr werden, weil ein Teil des Volkes sich an den Papierreichtum klammert, so ist eine wirtschaftliche Katastrophe von ungeheurer Tragweite unvermeidlich. Die Folgen einer solchen wären nicht auszudenken.

Der Internationale Bergarbeiterkongress.

Am 2. August trat in Genf der Internationale Bergarbeiterkongress zusammen. Von deutscher Seite werden daran die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbände sich beteiligen, die rund 700.000 organisierte Bergarbeiter vertreten. Vom Alten Bergarbeiterverband gehören der deutschen Abordnung u. a. der Reichstagsabgeordnete Due, der frühere Verbandsvorsitzende Sasse (jetzt Geschäftsführer beim Reichskohlenrat), der Verbandsvorsitzende Abgeordneter Husemann und der Gewerkschaftssekretär Wilmann an, vom Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter Abgeordneter Imbusch, Abgeordneter Steeger, Syndikatsdirektor Kärup, Syndikatsdirektor Vogelgang, Köln, Abgeordneter Harisch, Herzogenrath, das Mitglied des Reichskohlenrats Johann Effert, Bepdorf, Generalsekretär Brauer, Köln, und der holländische Bezirksleiter des Gewerbevereins, Hints. Der Reich-Kohlenrat Gewerbeverein ist durch Schmidt, Oberhausen, vertreten. Die Polen haben ebenfalls Delegierte benannt. Als Vertreter der technischen Grubenbeamten wird der frühere Vorsitzende des Grubensteigerverbandes, Berner, Berlin, sich der Abordnung anschließen.

Von den Belgiern ist für den Genfer Kongress die Wiederherstellung der internationalen Föderation und die Revision der Statuten beauftragt worden. Ein britischer Antrag stellt die auf früheren internationalen Bergarbeiterkongressen wiederholt behandelte Frage der Verstaatlichung der Gruben erneut zur Erörterung. Die deutschen Verbände bringen den Antrag auf Einführung der Sechsstundenarbeit. Den Verhandlungen über diesen Antrag sieht man natürlich mit besonderer Spannung entgegen. Seine Aussichten auf dem Kongress sind vor der Hand noch recht zweifelhaft. Im Grundgedanke werden ihm wohl alle Kongressteilnehmer geneigt sein. Angesichts der Weltkohlennot wird man sich aber, bevor man an die Beschlussfassung herantritt, doch die Frage vorlegen, ob die Annahme und Unterstützung des deutschen Antrags im gegenwärtigen Augenblick zweckmäßig erscheint. Für die Abgeordneten aus den Verbandsländern, insbesondere aus England, Frankreich und Belgien, werden auch noch sonstige Erwägungen, die mehr auf das politische Gebiet hinüberweisen, bei der Abstimmung ins Gewicht fallen. Ein anderer wichtiger Antrag, der ebenfalls von deutscher Seite eingebracht ist, betrifft die Schaffung eines internationalen Kohlenrats, dem die Ueberwachung und Regelung der Förderung und wohl auch der Kohlenverteilung zugewiesen werden soll. Ob im Zusammenhang mit den beiden deutschen Anträgen auch die Frage der deutschen Kohlenlieferungen an den Verband behandelt werden wird, wird von der Haltung der britischen, französischen und belgischen Delegierten abhängen. Nach dem Auftreten der Belgier in der Vorkonferenz des internationalen Komitees, die im Februar d. J. in Brüssel stattgefunden hat, ist kaum anzunehmen, daß eine solche Stellungnahme so ausfallen wird, wie man es im deutschen Interesse wohl wünschen möchte.

Die neue Postgebührenordnung u. d. Zeitungen.

In der „Neuen Bad. Landesztg.“ schreibt Reichstagsabgeordneter Kurrell:

Am 1. Oktober ds. J. wird eine neue Gebührenordnung für die Postbeförderung der Zeitungen in Kraft treten, welche die ernste Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und aller Parteien verdient.

Bisher kannte das Postgesetz einen Unterschied in der Zeitungsbeförderungsgebühr insofern, als sie ohne oder mit Bestellgeld berechnet wurde. Die Verleger überweisen die Zeitungen nicht bis an die Abonnenten, sondern bis an die Poststelle am Wohnort des Trägers, der sie dann abholt und selbst austrägt. Nur in Einzelfällen erfolgte die Ueberweisung bis an die Bezahler, dem sie dann der Briefträger überbrachte.

Nehmen wir als Beispiel eine viermal wöchentlich erscheinende Landeszeitung. Sie hätte pro Exemplar vierteljährlich zu zahlen an Gebühr vom Verlag ort bis zur Empfangspostanstalt 35 Pfg., würde sie durch den Briefträger zugestellt, weitere 60 Pfg. Bestellgeld, bei privater Trägerbestellung nichts.

Wie bei Postanweisungen und Postpaketen schon bisher, soll ab 1. Oktober auch bei Zeitungsbeförderung das Bestellgeld wegfallen und eine einheitliche Zeitungsbeförderungsgebühr vom Erscheinungsort bis zum Leser erhoben werden, einerlei, ob auch ferner private Träger die Zustellung besorgen oder nicht. Die als Beispiel gewählte Zeitung hat in Zukunft pro Vierteljahr etwa 1,04 Mk. zu zahlen, einerlei, ob sie die Dienste des Briefträgers in Anspruch nimmt oder nicht.

Die Post will aus Gründen der Vereinfachung und Verbilligung das Bestellsystem überhaupt beseitigen. Was aber bei Paket und Postanweisung Wohltat ist, wird bei der Zeitung Plage für den Verleger.

Denn die große Mehrzahl der Zeitungen ist und bleibt auf die private Trägerzustellung angewiesen. Ganz besonders alle mittleren und kleinen Zeitungen. Die meisten Zeitungsleser sind gewohnt, ihr Blatt bei einem privaten Boten zu bezahlen. Durch die Träger findet zwischen Bezahler und Verlag ein direkter Verkehr statt, der bei der Postbeförderung in Wegfall kommt. Die Werbung von Abonnenten und ihre Erhaltung, die Uebermittlung von Anzeigen auf dem Land, die Anpassung der Einziehung der Gelder an die Gewohnheiten der Landbevölkerung steht und fällt mit dem Trägersystem.

Die Existenz vieler Zeitungen ist auf ihm geradezu aufgebaut. Sie müßten es darum auch nach dem 1. Oktober beibehalten, zugleich aber an die Post die Gebühren bezahlen, als ob sie der Briefträger bestellte.

Diese Last können die Zeitungen nicht übernehmen. Sie sind schlechterdings nicht in der Lage, ein doppeltes Bestellgeld zu zahlen.

Wie ist zu helfen? Ein radikales Verbot der privaten Beförderung von Zeitungen, außer am Erscheinungsort, kommt kaum in Frage. Es bleibt nur übrig, den Unterschied in der Berechnung der Zeitungsgebühr — Beförderungs- und Zustellungsgebühr — beseitigen zu lassen, sobald die Verleger in der Lage sind, die Zeitungen pakeweise bis an die Poststelle des Trägers zu überweisen und durch Privatboten austragen zu lassen (sogar mit der Erweiterung, daß sie nicht wie bisher nur an Postanstalten und Agenturen, sondern auch an Posthilfsstellen überwiesen werden können).

Das Rechnungswesen bei der Post kann deshalb doch vereinfacht werden, indem sie zwar zunächst die gesamte Beförderungsgebühr einzieht, dann aber dem Verleger, der privat austragen läßt, eine Quote, welche die eigene und die Tätigkeit des Boten gegeneinander abwägt, zurückergütet. Den Maßstab der Verteilung werden Sachverständige un schwer finden.

Die Reichspostverwaltung verschleße sich nicht den Wünschen der Zeitungsverleger. Die gesamte Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, daß die Presse nicht durch amtliche Maßnahmen noch weiter leidet, als die wirtschaftliche Lage es mit sich bringt.

Neues vom Tage.

Das Ultimatum der Eisenbahner zurückgezogen.

Berlin, Nachdem Reichsfinanzminister Dr. Wirth nach dem Ultimatum und der Streikandrohung der Eisenbahner jede weitere Verhandlung mit den Eisenbahnern entschieden abgelehnt und der Hauptanspruch des Reichstags ihm beigegeben hatte, haben die Eisenbahner das Ultimatum zurückgezogen. Darauf nahm der Ausschuss die Beratung wieder auf und es gelangte folgender Antrag zur Annahme: Die Mittel für den Reichslohntarif der Verkehrsarbeiter und für die sich daraus ergebenden Ausgleichszulagen für die Beamten sollen bewilligt werden, wobei das Reichsbesoldungsgesetz bezüglich der Einstufung gemäß den Besoldungen in den Einzelstaaten nachgeprüft werden soll, soweit dies mit dem einheitlichen Aufbau der Reichsbesoldungsordnung vereinbar ist.

Neubildung des badischen Kabinetts.

Karlsruhe, 3. Aug. Nach den Vereinbarungen zwischen den Regierungsparteien wurde im Verfassungsausschuss des Landtags über die Neubildung des



badischen Kabinetts die Entscheidung getroffen: Ministerpräsident Geiß (Soz.) tritt aus der Regierung aus. Das Ministerium des Innern wird aufgelöst, seine Aufgaben übernimmt dasjenige Ministerium, das den Ministerpräsidenten stellt. Das Post- und Telegraphenwesen geht auf das Finanzministerium über. Das badische Kabinetts besteht demnach aus fünf Ministerien: des Innern, der Justiz, des Kultus, der Finanzen und der Arbeit.

Krieg im Osten.

Warschau, 3. Aug. Auf das Ersuchen des polnischen Generalstabs, die Feindseligkeiten während der Waffenstillstandsverhandlungen einzustellen, erwiderte die russische Kommandoleitung, sie habe dazu aus Moskau keinen Befehl. Den Polen fehlt Munition für die schwere Artillerie. Einige hundert Verbandsoffiziere sind aber Danzig-Thorn nach Warschau abgereist.

In Danzig werden in den nächsten Tagen größere Truppenbewegungen der Verbündeten erwartet. Englische Torpedoboote haben fast das ganze äußere Hafengebiet abgevoert.

Dybbell, 3. Aug. Polnische Agenten kaufen in Schlesien heimlich Getreide auf, soweit sie erreichen können, und sie bezahlen den Preis. Das Getreide wird unter französischem Deckmantel nach Polen verschoben.

Paris, 3. Aug. (Savas.) Bolschewistischer Bericht vom 2. August: In der Gegend von Lomza wurden die Ufer des Nabr und Narew überschritten. Im Westen von Wialustol wurde die Stadt Belsk besetzt, ebenso die Station Baskinaw. Im Norden von Kobrin haben die bolschewistischen Truppen den Widerstand des Feindes gebrochen.

Paris, 3. Aug. Nach dem „Matin“ hat der Oberste Rat die deutsche Regierung aufgefordert, Waffen und Munition, die in den nächsten Wochen ausgeliefert werden sollten, den Verhandlungskommissionen in Polen gegen Entschädigung zu übergeben.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensabordnung hat der Friedenskonferenz mitgeteilt, daß die deutsche Regierung den Reichskommissar in Allenstein ermächtigt habe, nötigenfalls Reichswehr durch das Abstimmungsgebiet an die Grenze zu senden, vorbehaltlich der Entscheidung, die die Verbündeten später treffen könnten.

London, 3. Aug. In Syrien versucht der aus Damaskus vertriebene Emir Feisal einen allgemeinen Aufstand gegen die Franzosen, die etwa 15 000 Mann stark sind, einzuleiten, der vielleicht auch nach dem Heilichas (Arabien) übergehen kann, da der König von Heilichas (der Vater Feisals) über das Vorgehen der Franzosen sehr erregt ist. (England hätte also die beste Gelegenheit, das von ihm neugeschaffene „Königreich“ Arabien ebenso bequem zu annektieren, wie die Franzosen Syrien.)

Verschwörung in Algier?

Paris, 3. Aug. Zeitungsberichten zufolge wurde in Algier eine Verschwörung gegen Frankreich entdeckt, deren Haupt Emir Khalid, ein Nachkomme des Abd El Kader, sein soll. (Emir Abd El Kader von Mascara leistete den Franzosen bei deren Eroberung von Algier 1831 bis 1847 hartnäckigen Widerstand.)

Die dritte Internationale.

Moskau, 3. Aug. Auf dem Kongress der dritten Internationale erklärte Lenin, eine revolutionäre Partei, die vor Gewalt und Terror zurückzureden, sei nicht lebensfähig. Der deutsche kommunistische Reichstagsabgeordnete Lewi sprach heftig dagegen, daß die Unabhängigen (U.S.P.) in die dritte Internationale aufgenommen werden. Der Unabhängige Däumig schilderte die Schwierigkeiten der Partei in Deutschland. Stöcker (Unabh.) wies auf die Verschiedenheit der Verhältnisse hin. In Russland gäbe es Millionen revolutionärer Bauern, in Deutschland seien die Bauern gegen die Revolution.

Der Aufstand in China.

London, 3. Aug. Der „Oh-Dienst“ meldet aus Tokio, die Erhebung in Peking bezwecke die Wiederherstellung der Monarchie in China. Der

vormalige Kaiser habe sich bereit erklärt, den Thron wieder zu besteigen.

Internationaler Sozialistenkongress.

Für die Abänderung des Friedensvertrags.

Genf, 3. Aug. In der Entschließung des Ausschusses für den Völkerbund heißt es: Der Internationale Sozialistenkongress stellt fest, daß der Vertrag von Versailles und die Verträge, die ihm gefolgt sind, die Welt in einem Zustand der Unsicherheit und Zerrissenheit gelassen haben, in einem viel beunruhigenderen Zustand, als er vor dem Krieg von 1914 war. Dieser Zustand führt zum Wachstum des Militarismus. Den Völkerbund können die arbeitenden Klassen nicht mit Feindseligkeit und Gleichgültigkeit behandeln, aber sie haben die Verpflichtung, das Ungenügende und Unvollständige dieses Völkerbunds klarzustellen, dessen verdammenswürdigste Bestimmung die Anerkennung des Rechts auf Krieg ist. Der Völkerbund kann nur eine Sicherung des Friedens sein, wenn er zu einem internationalen Organismus wird, der alle Völker ohne jede Ausnahme zusammenfaßt, und wenn durch die Schaffung einer internationalen Polizei die allgemeine Entwaffnung aller Völker zu Lande und zu Wasser durchzusetzen wäre. Zu wünschen ist die Ausdehnung seiner Befugnisse hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe, der Transportmittel und auch der finanziellen Kriegslasten, die nicht bloß zum großen Teil zu Lasten der Nationen gehen können, die am meisten unter der Last des Krieges gelitten haben. Der Völkerbund wird, so verbessert und vervollständigt, das natürliche Werkzeug abgeben für die notwendige Umwandlung des Friedens von Versailles in einen gerechten und dauerhaften Frieden. Festhaltend an den Grundsätzen der Wiedergutmachung wird er eine gerechte Anwendung ermöglichen, in der Art, daß den Völkern Mitteleuropas die Mittel gegeben werden, sich in gemeinsamem Interesse der Welt wieder zu erholen. Er wird die Landesgrenzen, die durch den Friedensvertrag festgelegt worden sind, durch Grenzen ersetzen, die den frei ausgesprochenen Wünschen der Völker entsprechen. Der internationale Kongress fordert daher die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder auf, alle ihre Anstrengungen darauf zu richten, ihren Delegierten in die gegenwärtige Organisation des Völkerbunds Eingang zu verschaffen, um auf diese Weise seine innere Zusammensetzung zu ändern und seine Befugnisse zu erweitern, um die Garantien zu schaffen, für die Ueberwindung aller Völker, die gleichmäßig zu der Erhaltung des Friedens interessiert sind. In einem so gesicherten Friedenszustand wird das ganze Weltproletariat, befreit von dem Abdruck des Kriegs und von den Geißeln der Missetaten, seine Anstrengungen für seine vollständige Befreiung bis zum endgültigen Sieg fortsetzen können.

Die Weisung des Erzbischofs Würber.

Freiburg, 3. Aug. Am 9. Uhr wurde heute vormittag die Leiche des Erzbischofs Dr. Würber vom erzbischöflichen Palais nach dem Münster überführt. Zugendvereine, Weisensvereine, Jungfrauenkongregationen, Arbeitervereine, Vertreterinnen der Lehranstalten, der kath. Studentenschaft, die erzbischöflichen Beamten, Vertreter der Stadt und der Universität, der bad. Staatsregierung, mit drei Ministern, Vertretern der Reichs- und Staatsbeamten gaben dem Toten die letzte Ehre. Besonders zahlreich war der Klerus aus der Erzbischöflichkeit vertreten. Man schätzte die Zahl der Geistlichen auf 400. Von den geistlichen Würdenträgern sah man den Bischof Dr. Sebastian aus Speyer, den Erzbischof Schuler von Gorheim, Bischof Dr. v. Keppeler von Mottenburg, Bischof Dr. Kilian von Limburg, die am Tage vorher im stillen Gebet am Sarge des Heimgegangenen geweilt hatten. Feierlich bewegte sich der Zug unter dem Geläute der Kirchenglocken nach dem Münster, wo der Verstorbene beigesetzt werden wollte. In dem Leichenzug sah man auch die Verwandten des Verbliebenen. Der Sarg wurde geleitet von sechs Priestern mit brennenden Kerzen. Im Münster selbst feierte Bischof Necht-Kreiburg

das Pontifikalrequiem und Bischof Dr. Kilian-Limburg hielt die Leichenrede. Kardinalstaatssekretär Gasparri hatte namens des Papstes telegraphisch sein Beileid ausgesprochen. Eine Fülle prachtvoller Kranzspenden war eingegangen.

Der Generalfreiwil in Zittau.

Zittau, 3. Aug. Die Eisenbahner haben heute morgen die Arbeit niedergelegt. Der gesamte Zugverkehr ruht.

Durch das Stilllegen der Elektrizitätswerke sind viele Fabriken und Werkstätten zur Arbeitseinstellung gezwungen.

Zwinnmünde, 3. Aug. Wegen verweigerter Lohnforderungen hat das Personal der Ueberlandzentrale Streik und die Arbeit niedergelegt. Ganz Vorpommern ist ohne Licht und Kraft. Die Zeitungen können nicht erscheinen. Der Streik hat auf das Verkehrsnetz in Zwinnmünde übergreifen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 2. Aug.

Eine ausgedehnte Aussprache im Reichstag rief heute die Beratung der Anträge auf Verlegung eines Amnestiegesetzes hervor. Von sozialdemokratischer Seite war beantragt, eine allgemeine Amnestie (Strafnachlass bzw. Einstellung der Strafverfahren) für politische Vergehen wie Aufruhr usw. zu erlassen. Die Regierungsparteien (Zentrum, Demokratie und Deutsche Volkspartei) befürworteten eine Amnestie, wonach Straftaten bei der Abwehr hochverräterischer Antriebe gegen das Reich und die Mitwirkung an solchen Unternehmungen strafrei gelassen werden sollen — mit Ausnahme der Urheber und Führer. Rapp und sein engerer Kreis sollte also von der Amnestie ausgeschlossen bleiben. Die äußerste Linke war für vollkommene Amnestie in weitestem Sinn. Die Deutschnationalen wollten die „Führer“ ebenfalls der Wohlthat des Gesetzes teilhaftig werden lassen. Die Regierungsparteien sträubten sich dagegen, auf der einen Seite gemeine Verbrechen strafrei zu lassen, auf der andern Seite die „Räuführer“ der Strafe zu entziehen. Es könnte mit dem Annehmen überhaupt nicht ins Endlose so weitergehen, sonst müßte die Staatsautorität notwendig schweren Schaden nehmen. Viele Abgeordnete stimmten dem Amnestieantrag nur deshalb zu, weil, wie der Abg. D. Kahl sagte, mit der Vergangenheit nun einmal Schluss gemacht werden soll. Der Antrag der Regierungsparteien wurde dann auch angenommen. Es sollen also nach dem Gesetz strafrei bleiben Straftaten, die zur Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens gegen das Reich begangen worden sind und ferner Personen, die an einem solchen Unternehmen mitgewirkt haben, sofern sie nicht Urheber oder Führer dabei gewesen sind. Straffrei sind endlich Handlungen, die im Zusammenhang mit dem hochverräterischen Unternehmen oder seiner Abwehr begangen worden sind. Straffällig bleiben dagegen Verbrechen gegen das Leben, schwere Körperverletzung, schwerer Raub und Brandstiftung. Von Wichtigkeit ist aber, daß diese Bestimmungen nur in Betracht kommen, soweit es sich um Straftaten gegen das Reich handelt. Den Einzelstaaten z. B. Bayern bleibt es unbenommen, bei hochverräterischen Unternehmungen gegen die Einzelstaaten den Strafgesetzen freien Lauf zu lassen. Selbstverständlich bezieht sich das Gesetz nur auf Straftaten, die bis zu seiner Veröffentlichung begangen sind, nicht auf solche, die in Zukunft begangen werden.

Mit Befriedigung nahm der Reichstag Kenntnis von dem Kredit- und Kohlenabkommen mit Holland, das in allen drei Lesungen einstimmig angenommen wurde.

(Schluß.)

Abg. Schiffer (Dm.): Die Tatsache, daß die Urheber des Rapp-Putschs sich durch die Flucht der Verantwortung entziehen haben, macht sie unwürdig der Amnestie. (Sehr richtig bei den Demokraten.) Mein Eintreten für eine allgemeine Amnestie habe ich allerdings Rapp gegenüber in Aussicht gestellt. Als aber die unverzügliche bedingungslose Kapitulation verweigert wurde, habe ich dieses Versprechen wieder zurückgezogen.

Abg. Gumminger (Bayer. Vp.): Amnestien führen zur Untergrabung der Autorität der Gerichte. Wir haben daher in Bayern das System der bedingten Beurlaubung vorgezogen.

Wessen Bild trägst du im Herzen?

Roman von Erich Eberl ein.

29. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Lore Lampelius hatte keinen Blick für ihr Gegenüber. Zweimal hatte sie Versuche gemacht, sich ihr zu nähern, durch schroffes Ausweichen vereitelt. Nun schien sie seine Gegenwart ihr gegenüber gar nicht zu bemerken.

Nach Tisch forderte der Herzog Magelone auf, zu singen. Jemand habe ihn verraten, daß sie eine herrliche Stimme besitze und in Heidhausen oft Triumphe damit geerntet habe. Prinz Egon schloß sich der Bitte seines Vaters lebhaft an, und Magelone, der jede Zierelei fern lag, trat bereitwillig ans Klavier.

Hessolba, die eine vorzügliche Pianistin war, wollte sie begleiten.

Breda atmete tief auf. Jetzt endlich würde es ihm vergönnt sein, sich Lore unauffällig zu nähern. Er bereitete sich, von Fräulein v. Viel loszukommen, was ihm auch bald gelang. Dann aber wurde er von der Oberhofmeisterin durch eine Frage nach seinen Neugeborenen Verwandten aufgehalten, und als er wieder nach Lore Ausschau hielt, sah er sie in einer Ecke so verschönt hinter Damen sitzen, daß es unmöglich war, zu ihr zu gelangen, ohne aufzufallen.

Wegertlich drückte er sich bei der nächsten Tür hinaus, um irgendwo unbeachtet eine Zigarette zu rauchen und seiner Enttäuschung Herr zu werden. Das Schicksal, das es erst so gut mit ihm zu meinen schien, war ihm heute entschieden feindselig gesinnt.

XII.

Der Winkel, in den Lore sich zurückgezogen hatte, lag ganz im Schatten und war gegen das Klavier hin durch den ganzen Raum und eine Palmengruppe getrennt. Eine kleine Tür führte von hier aus direkt in den Wintergarten,

an den sich auf der anderen Seite eine Galerie anschloß, die nach den Spielzimmern führte.

Lore hatte den Platz absichtlich gewählt, denn es war ihr natürlich nicht entgangen, daß Felig von Breda beständig Versuche machte, sich ihr zu nähern. Gerade aber das wollte sie vermeiden. Sie hatten einander nichts mehr zu sagen — nie mehr — nach dem, was sie neulich in seinen Augen gelesen!

Und wenn er zehnmal berichte, ihr seine Berachtung so schroff gezeigt zu haben, und sich nun der Form wegen entschuldigen wollte. Und wenn sie zehnmal innerlich litt bis zur Verzweiflung. Und wenn sie selbst zugrunde ging daran — nichts konnte jene Minute je auslöschen, die ihr enthielt hatte, wie er von ihr dachte!

Sie war nun froh, dem mütterlichen Zwang gehorcht zu haben und Hofdame bei der Prinzessin geworden zu sein. Denn sie begriff erst jetzt:

Sich in Verborgtheit zurückziehen, wie es ihr eigener Wunsch gewesen war, wäre von diesen Leuten erst recht wie Schuldbewußtsein ausgelegt worden.

Nun sollten alle — nein er allein —, denn was lag ihr an den andern? — sehen, daß sie unbeirrt und hochgehobenen Hauptes ihren Weg weiter ging, weil sie nichts zu scheuen, nichts zu verbergen hatte.

Ein einziges Ziel gab es fortan für sie: sich das Vertrauen ihrer Herrin zu erwerben und dadurch zu beweisen, daß sie keine Unwürdige war.

Magelone war gütig und gerecht. Lore's Herz war ihr im ersten Augenblick zugeflogen und seitdem leidenschaftlich ergeben geworden.

Nochten sie sie jetzt alle mit einer eijigen Mauer stummer Berachtung von sich fern halten; der Tag würde kommen — mußte kommen, wo man beacht, wie unrecht man ihr getan.

Wo auch er es begriiff!!!

Lore Lampelius war so völlig in diese von Schmerz und Bitterkeit erfüllten Gedanken vertieft, daß die liebliche Stimme ihrer Geleiterin, die ein Lied von Schubert sang, nur wie aus weiter Ferne an ihr Ohr klang.

Blötzlich aber schrak sie auf unter dem peinlichen Gefühl, beobachtet zu werden. Ihr Blick fiel zunächst auf die Neufelden, die sie seltfam spöttisch fixierte und zugleich ihren Stuhl unhörbar: etwas zur Seite rückte, als wolle sie den Ausblick auf ihre Kollegin besser frei machen.

Gleichzeitig sah Lore über die Neufelden hinweg die Augen des Prinzen auf sich gerichtet. Er hatte seinen Platz am Klavier unbemerkt verlassen und lehnte nun halb durch den Vorhang verborgen in einer der tiefen Fensterbänke, von wo aus er sie in seltamer Weise, halb bittend, halb befehlend, anstarrte. Als sein Blick dem ihren begegnete, machte er eine nicht mißzuverstehende Geberde, die sie aufforderte zu ihm zu kommen.

Schar: und Jörn trieben ihr das Blut ins Gesicht.

Was ist ihm ein? Wie durfte er es wagen, sie so bloßzustellen? Was mußte die Neufelden denken?

Einen Augenblick sah sie da wie gelähmt, den Blick zu Boden gesenkt, während das Blut in ihren Wangen kam und ging. Dann erhob sie sich und verließ, ohne noch einmal nach der Fensterbänke zu blicken, den Raum durch die kleine Tür, die in den Wintergarten führte.

Es war eine instinktive Flucht. Der einzige Ausweg, der ihr blieb. Unmöglich konnte der Prinz die Form so weit außer acht lassen, ihr zu folgen, während seine Gemahlin sang. Sie aber konnte Unwohlsein vorschützen — unter diesem Vorwand überhaupt nicht mehr zurückkehren —

Ein Diener sollte unauffällig die Neufelden zu ihr herausufen. Die mußte sie bei der Prinzessin entschuldigen,

Abg. Stresemann (D.P.): Ich stimme persönlich für den Antrag der Deutschnationalen, weil ich an den Verhandlungen während der Rappaporttage teilgenommen und auch die Zusage des Eintretens für ein allgemeines Amnestiegesetz gegeben habe.

Abg. Ludwig (U.S.P.): Das Abwehrunternehmen gegen die Rappaport war doch kein Langfristiges. Will man die Leute eingesperrt halten, die dabei über die Stränge geschlagen haben? Justizminister Heineke: Die Führer und Urheber von Abwehrunternehmen gegen den Hochverrat sind nicht von der Amnestie ausgeschlossen.

Abg. Höpff (D.Nat. Vp.): Wir waren bei den Verhandlungen mit Rappaport einig, daß ein allgemeines Amnestiegesetz vorgelegt werden sollte und daraufhin hat Kautsky sich bereit erklärt, das ganze militärische Unternehmen einzustellen.

Abg. Bethin (Kom.): Die verkäppelten Rappaport sind jetzt an der Macht. Sie wollen nur deshalb keine allgemeine Amnestie gewähren, damit nicht die im Kerker schmachtenden bestärktesten Arbeitervertreter in Freiheit kommen.

In der zweiten Lesung wird der Antrag der Unabhängigen gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien, der Antrag der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der Antrag der Koalitionsparteien wird gegen die Deutschnationalen angenommen.

Darauf wird die zweite Beratung des ergänzenden Notensatzes fortgesetzt.

Der Haushalt des Ministeriums des Innern wird ohne Erörterung bewilligt.

Beim Haushalt des Reichswehrministeriums fordert Abg. Schöpplin (S.) eine Verminderung der Zahl der Generale und Obersten.

Reichswehrminister Dr. Geßler: Die junge Reichswehr ist in voller Umbildung und gerade während der Uebergangszeit bedürfen wir noch einer größeren Zahl erfahrener Offiziere.

Nach weiterer Aussprache wird der Wehrhaushalt bewilligt, ebenso der Haushalt des Schatzministeriums, des Landwirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums.

Finanzminister Dr. Wirth: Wir haben jetzt 23 Milliarden Schulden im Reich, wozu noch 3 Milliarden für die Eisenbahnübernahme kommen.

Beim Haushalt des Auswärtigen Amtes befragt Frhr. Dr. v. Kersner (D.P.) die Herausgabe einer übersichtlichen kurzen Volkshausgabe der Hauptbestimmungen des Versailleser Vertrags.

Minister Dr. Simons erklärt, der Anregung gern entsprechen zu wollen.

Abg. Dr. Breitscheid (U.S.P.): Ist es richtig, daß erneut Versuche gemacht worden sind, Geiseltage durch Deutschland nach Polen zu senden?

Minister Dr. Simons: Wir werden jeden Versuch, die Neutralität Deutschlands zu verletzen, zurückweisen. Den Transportarbeiten bin ich dankbar für ihre Mithilfe. Unbefundene Schritte können aber einen Kriegsfall nach sich ziehen. Auch ich würde es für sehr bedauerlich halten, wenn der Versuch scheitern sollte, die Ostfragen ohne Mitwirkung von Deutschland zu regeln. Mit Österreichland werde ich nur dann Verträge schließen, wenn ich die Ueberzeugung habe, daß es sich auch gegen den Verband durchsetzt. Vor allen Dingen werden wir uns nicht um des Völkerverbands willen als Landsknechte für kriegerische Absichten des Verbandes nutzen lassen.

Auch dieser Haushalt wird bewilligt, ebenso das Rahmengesetz (Ertagsgesetz), wonach frei werdende Beamtenstellen vorzugsweise mit enderblich gewordenen Beamten anderer Verwaltungen zu besetzen sind.

Berlin, 3. Aug.

In Beantwortung von Anfragen teilt die Regierung mit, daß die Berliner Einwohnerwehr aufgelöst sei. Die Waffen sind der Sicherheitspolizei übergeben. Montagszulagen wie alle Zuschläge für Dienstaufwand sind dem Steuerabzug nicht unterworfen, unbeschadet der Berechnung bei der endgültigen Veranlagung der Einkommensteuer.

Der Gesetzentwurf zur Abänderung der Verordnung über Lohnänderungen verbleibt im Hinblick auf die Verteuerung der Lebensbedürfnisse des bisher nicht pfändbare Einkommen. Die Pfändungsgrenze soll demnach bei Gehältern bis 5000, bei Ledigen bis 4000 Mark gezogen werden. Ein sozialdemokratischer Antrag fordert die Hinausschiebung der Pfändungsgrenze auf 7500 bzw. 8000 Mark. Regierungsschrift wird dem widersprochen, da weitere Einkommensteuern frei bleiben, wenn Kinder oder sonstige unterstützungsbedürftige Verwandte zu berücksichtigen sind. Der Regierungsentwurf wird unverändert angenommen.

Ohne Erörterung wird der Entwurf zur Enteignung von Grundeigentum und betreffend die Vertragsleistung zur Redar-Moindonau-Kanalisation endgültig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs des Gesetzes.

Abg. Lübbing (S.): Wenn die Einwohnerwehr nicht entlassen wird, werden wir der Vorlage nicht zustimmen.

Minister Koch: Wir wollen durch das Gesetz verhindern, daß ein Teil des Volks gegen den andern bewaffnet vorgehen kann. Auf Grund des Ausnahmestandes vorgehen, würde eine viel größere Beschränkung der Freiheit zur Folge haben. Der Antrag Lübbing ist für die Regierung unannehmbar.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (S.): Die Regierung muß das Gesetz rasch durchführen, denn sie trägt die Verantwortung gegenüber der Entente.

Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung.

Berlin, 3. Aug. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags hat mit 16 gegen 12 (Soz. und Unabh.) Stimmen die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln beschlossen. Auf Antrag des Zentrums soll das Reich einen Vorrat von 20 Millionen Zentnern sicherstellen. Die Anträge sind noch vom Reichstag zu befähigen.

Aufruhr russischer Gefangener.

Stettin, 3. Aug. In dem Kriegsgefangenenlager Altdamm überfielen etwa 70 Gefangene die Lagerwache, bemächtigten sich der Gewehre und raubten aus der Waffenkammer weitere 20 Gewehre. Die Hauptwache vertrieb die Rebellen, die auf der Flucht einen Teil der Waffen wegwarfen. (In Altdamm waren der Transport russischer Gefangener aus Oesterreich und Bala Kuhn untergebracht.)

Internationaler Bergarbeiterkongress.

Genf, 3. Aug. Bei der gestrigen Eröffnung des Bergarbeiterkongresses teilte der Vorsitzende Smillie (England) mit, daß die englischen Bergarbeiter beim Ausbruch des Kriegs die Arbeitseinstellung der Bergarbeiter aller Länder angeregt haben, die Nachricht sei aber aufgehalten worden. Man müsse darauf sehen, daß

Die Menschen würde ja auch ohne viel Worte erraten, warum sie fort wollte. . . . fort mußte —

Das plötzliche Umwohlflein würde nicht einmal ein Vorwand sein. Sie sah sie in der Tat elend. Ihr Herz schlug dumpf und schwer. Eine nie gekannte Schwäche überkam sie. Die feuchtwarme Luft des Raumes und der schwere Duft blühender Gewächse legten sich ihr atemraubend auf die Brust. Alles ringsum schien sich um sie zu drehen —

Einen Augenblick mußte sie Ruhe haben, sich fassen — erholen. Dann den Diener rufen und zur Menschen schicken —

(Fortsetzung folgt.)

dies bei einem künftigen Krieg geschehe. In der heutigen Sitzung brachte Bartuel eine Erklärung gegen die deutschen Bergarbeiter ein, daß sie in einem 1914 veröffentlichten Artikel die Eroberungsabsichten der deutschen Regierung gebilligt haben. Sie erklärte, daß es sich um eine Fälschung handle. Der Antrag wurde darauf zurückgezogen.

Die englischen Vorschläge bewilligt.

London, 3. Aug. Das Unterhaus hat die Vorschläge für Deutschland nach dem Kohlenabkommen von Spa in Höhe von 5 Millionen Pfund Sterling (100 Mill. Goldmark) einstimmig bewilligt. Lloyd George sagte, die Einnahme aus dem Verkauf der deutschen Schiffe, die England zugeteilt seien, werde England gutgeschrieben, während Frankreich seinen Anteil durch die Kohlenlieferungen und durch die ihm überwiesenen Schiffe erhalte.

Die Meinung des Königs Alfons.

Paris, 3. Aug. Der „Matin“ veröffentlicht eine Unterredung, die eine nichtgenannte Persönlichkeit am 2. März 1917 mit dem König Alfons von Spanien gehabt haben soll. Der König habe die Ansicht geäußert, daß die deutsche Heeresleitung ihre Hauptmacht auf der Westfront zusammenziehen und durch die Schweiz durchbrechen werde. Die Veröffentlichung wird fortgesetzt. Es ist unbekannt, ob sie mit Kenntnis des Königs erfolgt ist.

Breslau, 3. Aug. Die Zustände im polnischen Lazarettwesen spotten aller Beschreibung. Die Jüge, die in den Grenzstädten eintreffen, sind von Verwundeten und Seuchenkranken überfüllt. Alles starrt von Schmutz und Ungeziefer. Die Verpflegung ist ganz unzureichend, Verbandzeug und Arzneimittel fehlen fast ganz. Die Zahl der Ärzte reicht bei weitem nicht aus, deutsche Ärzte aber werden nicht zugelassen. Im Heer wüten Ruhr und Typhus.

In Oberschlesien fürchtet man, wenn der Waffenstillstand nicht bald zustande kommt, eine Ueberflutung durch Flüchtlinge aus Polen, Militär und Zivilbevölkerung, was eine ungeheure Gefahr bilden würde. Vielfach glaubt man, daß die Franzosen diesen Rückzug begünstigen, um das geschlagene polnische Heer auf schlesischem Boden neu zu organisieren. An der Grenze stehen mehrere französische Alpenjägerdivisionen und eine Artilleriebrigade, einige Landwehrbrigaden sind unterwegs.

London, 3. Aug. Die englischen Truppen in Nordpersien traten unter dem Druck der bolschewistischen Truppen den Rückzug auf Teheran an.

Locales.

— **Vancen auf zur Tat!** Der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft fordert die deutschen Landwirte auf, ihrerseits alles zu tun, um durch Beschleunigung des Ausdrückes und der Ablieferung die bedrohliche Lage der Brotversorgung zu verbessern. Von den Leistungen der Landwirtschaft hängt das Schicksal des deutschen Volks ab! Alle Verbitterung soll hintangeseht werden gegenüber der Pflicht, dem Vaterland in der Not zu helfen.

In Württemberg wäre es wahrscheinlich zu einer argen Not gekommen, wenn nicht die Schweiz in dankenswerter Weise rund 2000 Tonnen argentinischen Weizen, der für sie durch Deutschland unterwegs war, an Württemberg abgetreten hätte.

— **Was der August bringt.** Die Steuererklärungen für das Reichsnotopfer sind bis spätestens 28. August den Finanzämtern einzureichen. Die neuen Bestimmungen über die Steuerabzüge bei Löhnen und Gehältern treten am 1. August in Kraft. Vom gleichen Tag ab werden den Kriegshinterbliebenen laufende Teuerungszuschläge gewährt, sowie die Erwerbslosenunterstützung nur für die Dauer von 26 Wochen gezahlt. Die Beiträge für die Invalidenversicherung werden mit dem 1. August erhöht. Durch das neue Verbot der Ersatzlebensmittel werden mit dem 1. August die minderwertigen Erzeugnisse aus dem Verkehr gezogen. Mit dem 1. August wird das Reichskommissariat für Fischversorgung aufgelöst und die Zwangswirtschaft für Margarine, Kunstspeisefette und Speiseöle aufgehoben. Die Beschlagahme und die Anzeigepflicht von Kraftfahrzeugen sind auf den 5. August festgesetzt worden. Für Telegramme nach dem Ausland tritt mit dem 1. August eine Ermäßigung der Gebühren ein. Mit dem 1. August gelangen neue Eisenbahnpalestakarten zur Verwendung. Ferner sind zu nennen: Der 2. Reichsriedlerstag vom 14. bis 16. August in Leipzig, die Deutsche Ostmesse vom 15. bis 20. in Königsberg i. Pr., die allgemeine Nahrungs- und Genussmittelausstellung (Anuga) vom 15. bis 25. in München, die Tagung der Deutschen Obhutsgesellschaft am 18. und 19. August in Eisenach.

— **Die Frühlingsferien** sind bereits für den Verkehr freigegeben. Die Einhaltung der Höchstpreise durch die Händler wird aber noch überwacht.

— **Das Seifenpulver** ist vom 1. August an freigegeben, nur die Abgabe von Isom Pulver für den gewerblichen Bedarf ist noch einer gewissen Einschränkung unterworfen.

— **Pässe für Amerika.** Die Gebühr sowohl für die Ausstellung eines Reisepasses nach den Vereinigten Staaten wie für den Passichtvermerk beträgt von 1. Juli ab je 40 Dollar (360 Mark).

— **Das künftige Weltporto.** Die Gebühren im Weltpostverkehr sollen erhöht werden. Es wird dies aber erst bei dem Postkongress in Madrid möglich sein, der am 1. Oktober zusammentritt. Die Länder mit der Frankwährung können diese Gebühren vorher nicht erhöhen. Sie sind dort z. B. niedriger als im inländischen Verkehr, während die Länder mit einer anderen Währung ihre schlechte Valuta berücksichtigen können. Die französische Postverwaltung will nun für gewöhnliche Briefe statt 25 Rappen für die ersten 20 Gramm 50 Rappen vorschlagen und 20 statt 15 für jede folgenden 20 Gramm; die Postkarten sollen 25 statt 10 Rappen kosten. Auch die Einschreibgebühr soll von 25

auf 50 Rappen verdoppelt werden, ebenso der Anteil jedes Landes an der Paketgebühr von 50 Rappen auf 1 Frank. Die Beförderung zur See soll 85 bis 100 Prozent teurer werden. Es fragt sich einmal, ob diese Sätze vom Postkongress angenommen werden und dann, ob die deutsche Verwaltung sie zum Anlaß nehmen wird, die Weltpostgebühren abermals zu erhöhen oder die schon jetzt empfindlich hohen Sätze beizubehalten.

Baden.

Pforzheim, 3. Aug. Eine hiesige Schmuckwarenhandlerin wurde in Saarbrücken von einem angeblichen französischen Offizier bei dem Verkauf von Platin um 100 000 Mark geprellt.

Heidelberg, 3. Aug. Aus Anlaß des hundertsten Stiftungsfestes des Corps „Sara-Borussia“ fand eine Beleuchtung des Heidelberger Schlosses statt. Die letzte Beleuchtung hatte am 25. Juli 1914 stattgefunden.

Wegen undeutschen Benehmens ist lt. „Bad. Post“ der aus Wien stammende Student Fritz Groß auf 2 Jahre von der Universität ausgeschlossen worden, nachdem ihm in der letzten Woche schon das Ministerium den Aufenthalt in Baden verboten hatte. Groß, einer der radikalsten Anhänger der kommunistischen Partei, hatte nach einer Versammlung jüdischer Studenten „Nieder mit Deutschland“ gerufen und die Internationale und Sowjetrußland hochleben lassen.

Verfingen b. Staufen, 3. Aug. Bei der von der Gemeinde abgehaltenen Holzversteigerung erfolglos, obwohl zahlreiche Käufer erschienen waren, nur wenig Angebote, sodah nicht einmal der Anschlag erreicht wurde.

Freiburg, 3. Aug. In einer Vollversammlung der vier badischen Handwerkskammern trat der Syndikus der Mannheimer Handwerkskammer Häuser für den Zusammenschluß der vier bad. Handwerkskammern zu einem selbstständigen Verwaltungskörper ein. Die Handwerkerzeitung wird gemeinsam mit dem Landesverband bad. Gewerbe- und Handwerkervereinigungen herausgegeben.

Freiburg, 3. Aug. Aus Anlaß der 800. Jahrestage der Stadt Freiburg findet in der Zeit vom 1. bis 8. August eine Handwerkerwoche statt.

Ebringen b. Freiburg, 3. Aug. Als die Gendarmerie hier Getreide beschlagnahmen wollte, das von den Landwirten verbodswidrig auf dem Halm verkauft worden war, gingen die Bauern mit allerlei landwirtschaftlichen Geräten ausgerüstet gegen die Gendarmen vor, sodah diese schließlich abziehen mußten. Die Sache wird ein gerichtliches Nachspiel haben.

Singen a. S., 3. Aug. In einer Sitzung der Preisabkommission erklärten sich die Geschäftsleute zu einem Abschlag von 40—50 Proz. bereit. In der Herrenkonfektion sollen Anzüge zu 200—500, Hosen für 70 und 130 Mark und Arbeitsanzüge von 32 Mark an verkauft werden. Der Preis für ein Mittagessen wurde auf 4 Mark festgesetzt. Mit den Schuhhändlern wurde noch keine Eintrunna erzielt.

Württemberg.

Stuttgart, 3. Aug. (Die Abstimmung der Verlehrsbeamten.) Bei der Urabstimmung über den Rücktritt aus dem Reichsdienst in den württembergischen Landesdienst haben bei der Eisenbahn 90 vom Hundert der Beamten, bei der Post 98 vom Hundert sich für den Rücktritt in den Landesdienst entschieden. Die Bestimmungen des früheren württ. Unterstaatssekretärs Hübner, die Beamten unzustimmen, sind demnach erfolglos geblieben.

Müßlingen a. H., 3. Aug. (Frhr. von Münch.) Der aus seinen Reichsämtern gegen die frühere Regierung bekannte Frhr. Oskar v. Münch, Besitzer von Hohenmüßlingen und anderer Güter, ist an Lungenentzündung im Krankenhaus zu Heilbronn gestorben. Münch war seit 1909 wegen Magerwahnsinnis entmündigt und interniert, er sollte aber jetzt freigelassen werden.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 2. Aug. (Wochenmarkt.) Nach den Mitteilungen der Zentralvermittlungsstelle des württembergischen Viehbanneins e. V. in Stuttgart, Ehlingerstraße 15, Telefon 7164, wurde am Samstag die nachstehenden Großhandelspreise (die Zahlen in Klammern) von der amtlichen, von der Stadtverwaltung eingesetzten Marktcommission auf dem Stuttgarter Markt ermittelt und die Kleinhandelspreise dementsprechend festgesetzt: Frühapfel ein Pfund (50—60) 60—100 Pfg., Frühbirnen (70—100) 80—120 Pfg., Spalterbirnen und Gelfbirnen (120—140) 140—160, Fallobst (15—20) 20—25, Stachelbeeren (60—80) 80—100, Johannisbeeren (80—80) 80—100, Pflirsche (200—250) 220—280, Pflaumen (50—70) 60—80, Reifneulanden, Zwetschgen (80—100) 100—120, Mirabellen (150—180) 180, Kartoffeln (25—30) 30—35, Stangenbohnen (50—70) 60 bis 80, Buschbohnen (40—50) 50—50, Kopsalat ein Stück (10—30) 15—40, Endivien (25—40) 30—50, Wirsing und Kohlkohl 1 Pfund (30) 35, Weißkraut (25) 30, Blumenkohl 1 Stück (70—200) 80—220, Rote Rüben ein Bund (20—25) 25—30, Gelbe Rüben ein Pfund (15—20) 20—25, Zwiebel (30—40) 40—50, Gurken (große) ein Stück (40—150) 50—170, Gurken (Salzgurken) hundert Stück (400—800) 500—1000, Gurken (Einmachgurken) hundert Stück (200—220) 220—240, Rettiche 1 Stück (15—40) 20—50, Sellerie (50—60) 60—70, Kohlrabi (10—15) 15—20, Tomaten 1 Pfund (100—120) 120 bis 140 Pfennig.

Auf dem Obstgroßmarkt war der Verkehr recht lebhaft. Im Vordergrund stehen die Pflaumen. In Verfein bleibt die Kauflust zurückhaltend. Bienen gehen zu jedem Preis und in jeder Verfassung ab. Die Preise wurden im allgemeinen gehalten; freistehend wurden die Preisermärkte und der Einkauf einiger Großhändler gerade der besten und begehrtesten Ware zum Versand nach auswärts. Die Zufuhr unrefriger Früchte beginnt wieder überhand zu nehmen, was verschiedentlich polizeiliches Einschreiten nötig machte. Die Kontrolle der Beschaffenheit der Kleinhandelspreise wird zurzeit energisch durchgeführt, die wachsende Rückwirkung auf den Großmarkt ist nicht zu verkennen. Die ersten vollen Ertragshaustrauben wurden zu 6 Mark das Pfund von einem hiesigen Händler verkauft. Der Obstmarkt gewinnt bei reichlicher Zufuhr Stetigkeit. Birne kommen spärlich, Preis 1,20 bis 1,50 Mark das Pfund. Ein Riesen-Bonit wog fünf Pfund.

Stuttgart, 3. Aug. (Hundemarkt.) Der Hundemarkt war mit 212 Tieren aller Rassen besetzt. Junge Hunde wurden mit 80 bis 200 M. . . .

Vermischtes.

Infur. In Malsch (Baden) sind über 400 Personen an Ruhr erkrankt. Verschiedene Personen hat die Seuche schon weggerafft.

Burg Hoheneck. Der Grubenbesitzer Hugo Stinnes hat die am linken Rheinufer bei Nieder-Hoheneck gelegene Burg Hoheneck käuflich erworben. Der Kaufpreis beträgt eine Million Mark.

Giftige Pilze. In Peltum (Westfalen) sind 6 Personen nach dem Genuß giftiger Pilze gestorben; mehrere andere sind schwer erkrankt.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck wird der Störung wieder Herr. Am Donnerstag und Freitag ist vorwiegend trübendes und warmes Wetter zu erwarten.

Nein Preisabgab. Die Farbenfabrik vormals Friedrich Bayer u. Cie. zu Leverkusen (Regb. Köln) erzielte im letzten Jahre bei über 4 Millionen Mk. Abschreibungen einen Reinerlös von über 29 Millionen Mk. bzw. 18 Proz. Dividende. — Wie man sieht, lohnt es sich, den Buchdruckereibesitzern und Zeitungsverlegern mit wahnwitzig hohen Farbenpreisen das Leben grau in grau zu malen. — Die Münchener Eggensfabrik München-Pasing verteilt heuer eine Dividende von 25 Proz. (im Vorjahr 20 Proz.) und 12 1/2 Proz. auf die neuen Aktien. Diese Dividenden zahlen die Bauern und indirekt die Verbraucher.

Freigabe der Delfrüchteernte. Vom 1. August d. J. ab ist bekanntlich die Bewirtschaftung von Margarine, Kunstspeisefett und Speisefett aufgehoben. Nunmehr ist auch die bisherige einheimische Ernte von Raps, Nüssen, Sonnenblumen, Senf (weißer und brauner), Datteln, Kohn, Fein, Hauf, Ackersej (Heberich) und Kardium freigegeben worden. Die gesamten Delfrüchte sind also nicht mehr an den Reichsanstalt für pflanzliche und tierische Oele und Fette abzuliefern. Gleichzeitig sind auch die bisher geltenden Preisfestsetzungen außer Kraft getreten. Ueber die Auseinandersetzung mit denjenigen Delfruchtanbauern, die bereits ihrer Ablosungspflicht aus der diesjährigen Ernte genügt haben, finden auch Verhandlungen statt.

Die deutschen Sparkassen im Juni. Der Geldzufluß der deutschen Sparkassen hat im Juni gewaltig zugenommen, nämlich um 1600 Millionen Mk. gegen 1100 Millionen im Mai. Der Gesamtzuwachs an Spareinlagen beträgt seit Jahresbeginn 43,3 Milliarden Mk.

Selbstentzündung von Heu und Stroh. Mehrfach gemeldete Vorkommnisse aus den Oberämtern Gerabronn und Hall weisen darauf hin, daß in diesem Jahre auch in Gegenden, wo dies bisher nicht vorkam, große Heustöße in Uebergärung geraten, verkokten und schließlich, namentlich beim Hinzutritt von Luft, sich selbst entzündeten. Es ist daher dringend geboten, solche Heustöße genau zu beobachten. Wenn eine starke Erhitzung im Innern zu vermuten ist, was durch den brenzlichen Geruch sich ankündigt und durch Einstoßen von Eisenstangen, deren Erwärmungsgrad die innere Hitze anzeigt, leicht festgestellt werden kann, so muß sofort der Ortsverleiher benachrichtigt werden, damit er im Benehmen mit dem Feuerwehrtommandanten die geeigneten Maßnahmen trifft, um den Ausbruch des Brandes zu verhüten. In geschlossenen Scheunen ist jeder Zutritt so gut als möglich abzuhalten, die gefährliche Stelle unter steter Bereitschaft von größeren Wassermengen abzuräumen und das Heu und Stroh herauszuführen.

Die Ferienkolonie Heuberg. In der Ferienkolonie für erholungsbedürftige Kinder auf dem Heuberg scheint noch nicht alles in Ordnung zu sein. Seit 14 Tagen sind dort etwa 6000 Kinder aus Württemberg und Baden untergebracht. Es laufen aber fortgesetzt Klagen ein, daß die Ernährung der Kinder hinsichtlich der Menge ungenügend sei, so daß sie vielfach einen Zusatz von zu Hause in Anspruch nehmen müssen. Das war aber bei dem Pensionspreis von 220 Mark für jedes Kind auf 4 Wochen Kurzeit nicht ins Auge gefaßt worden, zumal den Familien für die Zeit des Kuraufenthalts eine entsprechende Menge an den Versorgungsarten abgezogen wurde. Wie wir hören, sind bereits Schritte getan worden, um die Klagen der Kinder aus der Ferienkolonie an Ort und Stelle zu prüfen.

Das Lehrerseminar gibt künftig mit seinem Abschlußzeugnis auch die Berechtigung zum Studium auf der Hochschule. Für die verschiedenen akademischen Berufe müssen nur noch bestimmte Ergänzungsprüfungen in einzelnen Fächern abgelegt werden. Die Einreichung der Lehrerseminare im Rahmen der höheren Schulen tritt auch in der neuen Gehaltsordnung in Erscheinung. Die ständig angestellten Seminarlehrer sind in die gleichen Gehaltsgruppen wie die Lehrer an höheren Schulen eingereiht. Sie führen auch dieselbe Amtsbezeichnung, Studientat, wie die Lehrer aller höheren Schulen.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 4. August 1920.

Linden-Kabarett. Lachen ist gesund, Lachen ist Medizin. — Unter diesem Motto hat gestern das Linden-Kabarett sein August-Programm aufgestellt. Unter neuer Leitung und mit ganz neuen Künstlern bietet dieses Großstadt-Unternehmen jedem, selbst dem verwöhntesten Kabarett-Besucher das was er wünscht, nämlich familiäre und gemütliche Unterhaltung. Ati Rüber, ein ausgezeichnete Grotesk-Komiker, versteht es sehr gut, die Lustmuskeln des Publikums in steter Bewegung zu halten. Frl. Gusti Milany, eine echte Wienerin, erfreut mit ihren, mit guter Stimme vorgetragenen Wienerliedern, während Frl. Caya, Baronin v. Schwarzenbach, als Barfuß-Tänzerin wirklich gutes leistet. Baron Cay von Schwarzenbach als Conferencier versteht es, die Besucher gut zu unterhalten und zeigt als Partner von Frl. Caya, daß auch er die Tanzkunst durch und durch kennt. — Ein Besuch dieses Unternehmens ist sehr zu empfehlen und wird jedermann die Ueberzeugung beibringen, daß der Besitzer sein Möglichstes tut um den Besuchern des Kabarett's angenehme und heitere Stunden zu bereiten. F.

Ev. Gottesdienst. Donnerstag, 5. August, nachm. 4 Uhr Bibelstunde im Katharinenstift: Stadtpfarrer Dr. Federlin.

Steuer-Karten.

Können am Donnerstag, den 5. August, nachmittags, auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 8 abgeholt werden.

Margarine.

Auf Lebensmittelkarte 18 wird 1 Pfd. Margarine abgegeben das Pfund zu 8 Mk. Listenschluß Donnerstag abend 6 Uhr.

Stadt. Lebensmittelamt Wildbad.

Zum 1. oder 15. September eine

erstklassige Köchin

für Schwarzwaldsanatorium bei hohem Gehalt gesucht. Anfragen erbeten unter Nr. 178 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Fett-Rußkohlen

sind zu haben. Bestellungen nimmt entgegen
Chr. Faas.

Unterhaltener gebrauchter

Kinderwagen gesucht.

Auskunft erteilt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Rom. Chieregato

Wilhelm-Strasse 83.

Obst- und Südrüchten-Handlung

- ☐ : Täglich frisches Obst : ☐
- ☐ : Sämtliche Südrüchten : ☐
- ☐ Span. Weine :: Gemüse ☐

Fritz Ernst, Schneidermeister

Pforzheim, Ecke Zerreuer- und Baumstrasse.

Werkstätte für erstklassige Herrenbekleidung

2819 — Telefonruf — 2819.

Stofflager nur guter Stoffe in unerreichter Auswahl.

Schnellste Lieferung bei mäßigem Preis.

Auf Wunsch komme persönlich. — Muster zu Diensten.

Fleißiger, junger

Mann

von ungefähr 18—20 Jahren wird sofort gesucht. Auskunft erteilt die Tagblattgeschäftsstelle.

Herr. Trik. Hemden

34 Mark

f. Knaben 27 Mk., Dam.-Strickpfe alle eleg. Farben 16 Mk., Socken 8 Mk., Herr. Sportstrümpfe 26 Mk. u. Nachn. Porto. Gute Ware. W. Großmann, München 41, Baaderstr. 1.

Letzte amtliche Kurse

Staatspapiere.		Pfandbriefe.	
5% Deutsch. Reichsanleihe	79.60	4% Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank	103.40
4% dergl.	69.30	4% Frankf. Hypothekenbk.	100.50
5% L. Deutsche Schatzanw.	100.—	3 1/2% dergl.	88.—
4 1/2% dergl. p. 1. 4. 1924	91.90	4% Prkt. Hypoth.-Creditv.	98.90
Deutsche Sparpr.-Anl. 1919	88.25	3 1/2% dergl.	86.—
4% Preuss. Konsols	67.—	Industrie-Obligationen.	
3 1/2% dergl.	58.50	4 1/2% Bad. Anilin- u. Sodaf.	105.—
3% dergl.	54.25	5% Chem. Fabr. Griesheim	105.50
4% Rad. Staats-Anleihe	80.—	4 1/2% Allg. Flekt.-Ges.	104.50
3 1/2% dergl.	76.—	5% D. Uebersee-El.-Ges.	110.—
4% Württ. Staats-Anleihe	87.75	4 1/2% Maschinfab. Essling	102.—
3 1/2% dergl. v. 1875	93.—	4 1/2% M. Hohner A.-G.-Obl.	104.—
3 1/2% dergl. v. 1879/80	76.—	Aktien.	
1885/90	70.—	Darmstädter Bank	142.50
3 1/2% dergl. v. 1903 u. ff.	70.—	Deutsche Bank	261.50
3% dergl.	72.—	Disc.-Kommandit Antelle	196.25
Städte-Obligat.		Dresdner Bank.	161.—
2 1/2% Baden-Baden	—	Hochener Bergb.-Gusst.	426.—
4% dergl.	—	Deutsch-Luxemb.-Bergw.	295.—
4% Darmstadt	93.40	Gelsenkirchener Bergwerk	314.25
3 1/2% dergl.	—	Gelsenkirchener Gusstahl	645.—
4% Esslingen	100.—	Harpener Bergbau	389.50
4% Frankfurt a. M.	104.25	Mannesmann	370.—
3 1/2% dergl.	—	Phoenix Bergbau	469.—
4% Freiburg i. Br.	—	Allg. Elektr.-Ges.	291.—
3 1/2% dergl.	—	Bad. Anilin- u. Sodafabr.	458.75
4% Karlsruhe i. Bad.	—	Chem. Fabrik Griesheim	209.—
3 1/2% dergl.	—	Daimler Werke	215.50
4% München	100.—	Maschinenfabrik Esslingen	225.—
4% Pforzheim	93.50	Geb. Jungbaus	277.—
3 1/2% dergl.	—	Magirus	216.50
4% Stuttgart	99.50	Siemens u. Halske	249.50
3 1/2% dergl.	85.—	Hamburg-AmerikaPak.	179.25
4% Ulm a. D.	—	Nordd.Lloyd	176.25
3 1/2% dergl.	—	Devisen.	
Pfandbriefe.		Amerika	43.10
4% Württ. Hypothekenbk.	102.—	England	159.—
3 1/2% dergl. - verlosbar - 95	—	Frankreich	325.—
3 1/2% dergl. per 1912/15	90.—	Holland	1480.—
3% Württ. Kreditverein - 103.75	—	Schweiz	728.—
3 1/2% dergl. - ganzjährig - 98.50	—		
3 1/2% dergl. - halbjährig - 91.—	—		

Verloren

wurde ein grüner Kind.-Regenmantel. Derselbe wurde von einem älteren Ehepaar in den Enanlagen aufgehoben. Man bittet, den Mantel im Windhof oder auf dem Fundbüro gegen Belohnung abzugeben.

Dauerstellung.

Tüchtiges, fleißiges Mädchen für 15. Aug. oder 1. Sept. gegen hohen Lohn gesucht nach St. Ingbert, Pfalz. Vorzustellen von 1—3 Uhr bei Bäckermeister Ziesle.

Tüchtiges, sauberes 22 bis 35 Jahre altes Mädchen nach Wiesbaden auf 1. Sept. gesucht.

Zu melden zwischen 8 und 9 Uhr Haus Rheingold, Zimmer 8.

Mädchen

nach Wiesbaden auf 1. Sept. gesucht.

Zu melden zwischen 8 und 9 Uhr Haus Rheingold, Zimmer 8.

Linden-Kabarett

Dir. W. Kull. Art. Leitung Cay Baron von Schwarzenbach.

Attraktions-Programm

u. a. Caya u. Cay Baron von Schwarzenbach die moderne Tanzattraktion.

Gusti Milany Wiener Stimmungssängerin.

Ati Rüber Grotesk-Komiker.

Preise dergl. Plätze: 6 und 4 Mk. Tischbestellung Telefon 52. Jed. Mittwoch Beginn 8 Uhr.

Mützen

in guter Qualität von Mk. 21.50 ab bei Chr. Schmid u. Sohn, König-Karlstr. 68.

Schuhhaus Wilh. Treiber, Wildbad.



Wenn Du elegantes Schuhwerk haben willst — So denk nur an die Überall!

MERCEDES

Landes-Kur-Theater

Wildbad
Direktion Steng & Krauß.

Mittwoch, den 4. August
Die Geisha.

Operette in 3 Akten.
Donnerstag, den 5. Aug.
Die schöne Galathea.

Komisch-mythologische Oper in 1 Akt.
Brüderlein fein.

Alt-Wiener Singspiel in 1 Akt.

Herren

Stärke-Wäsche liefert in 8—10 Tagen

Grosswäscherei Schorpp.

Annahmestelle:
Witwe Volz
Wildbad
Wilhelmstr. 91.